

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 09. September 2010

Antrags-Nr. 10-F-07-0026

Soziale Probleme am Schlachthof

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.08.2010 -

Es ist geplant, das Schlachthofgebäude mit Millionenaufwand zu sanieren, damit der dortige Veranstaltungsbetrieb weitergeführt werden kann. Bei der Gelegenheit sollte zum Schutz der Jugendlichen, die diesen Veranstaltungsort aufsuchen, eine Lösung für die dortigen sozialen Probleme gesucht werden. Laut dem Polizeipräsidenten ist der Schlachthof ein Brennpunkt für Kriminalität, es gibt Berichte von Drogenmißbrauch und Alkoholexzessen. Durch die Farbschmierereien wirkt das Gebäude verwahrlost, man muß mit weiteren illegalen Aktivitäten von Sprayern rechnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Verein Schlachthof ein Konzept zu entwickeln, wie die soziale Lage im Umfeld des Schlachthofs verbessert werden kann.

Änderungsantrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext erhält folgende Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Westhessen und dem Präventionsrat sowie in Zusammenarbeit mit dem Verein Schlachthof ein Konzept zu entwickeln, wie die soziale Lage im Umfeld des Schlachthofs verbessert werden kann.
2. Nach Fertigstellung ist das Konzept im Sozialausschuss eingehend zu präsentieren.

Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 09.09.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert und erhält folgende neue Fassung:

Der Magistrat möge dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration über die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Wiesbaden berichten.

Beschluss Nr. 0444

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.08.2010 betr.

Soziale Probleme am Schlachthof

und die Änderungsanträge der Stadtverordnetenfraktionen von CDU vom 8.9.2010 und Linke Liste vom 9.9.2010 werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Soziales und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration überwiesen.

1. Den Vorsitzenden des Ausschusses Wiesbaden, .09.2010
 - für Soziales und
 - für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integrationmit der Bitte um weitere Veranlassung

 2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher
- Der Magistrat Wiesbaden, .09.2010
-16 -
- Dezernate V, VI + VII Dr. Müller
mit der Bitte um Kenntnisnahme Oberbürgermeister